

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VIII. LEGISLATURA
GESETZGEBUNGSPERIODE 1 9 7 9

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

49^r
della seduta tenuta a BOLZANO il giorno 31. Oktober 1979
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE:
Vorsitz des PRÄSIDENTEN:

Dr. Erich Achmüller
Comm. Aldo Balzarini

Assistono i SEGRETARI:
Beisitz der SEKRETÄRE:

Rosa Franzelin -Werth
Gaetano D'Ambrosio
Oskar Peterlini

Sono assenti i CONSIGLIERI:
Abwesende ABGEORDNETE:

Dr. Alfons Benedikter (entsch.)
Dr. Siegfried Messner (entsch.)
Josef Stecher (entsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten.

Bei Eröffnung der Sitzung, die um 9.10 Uhr beginnt, bringt Präsident Dr. Achmüller sein Bedauern über den in Bruneck verübten neuen Anschlag zum Ausdruck, der dem friedlichen Zusammenleben der Volksgruppen abträglich ist.

Es wird die Generaldebatte über den Landesgesetzentwurf Nr.23/79: "Errichtung der Schulbezirke" weitergeführt.

Es ergreift Abg. Kaserer das Wort, der nach einer Überprüfung der mit den Kollegialorganen gemachten Erfahrungen diese neue Gesetzmaßnahme einer Bewertung unterzieht, wobei er betont, daß es in unserer Provinz 3 Schultypen gebe, auf welche die SVP nicht verzichten dürfe, damit es nicht zu einer "Mischkultur" kommt. Er geht nun auf einzelne Bestimmungen ein, vor allem auf jene, welche die Vertretung der Eltern, die gemeinsamen Sitzungen, usw. betreffen, und weist die Anschuldigung des Rassenkampfes von seiten der Opposition zurück und bekräftigt den Willen zur Wahrung der Identität der Sprachgruppe.

Abg. Peterlini befaßt sich in seiner Wortmeldung hauptsächlich mit dem Änderungsantrag, den er einzubringen gedenkt, und zwar bezüglich des für die Wahl der Kollegialorgane vorgesehenen Tages, der nicht ausschließlich ein Feiertag sein müßte, sondern auch ein Werktag sein könnte, um eine höhere Wahlbeteiligung zu ermöglichen.

Abg. Langer unterstreicht die Notwendigkeit einer unmittelbaren Beteiligung der Bevölkerung an den Wahlen und kritisiert die Prägung, die man dieser Gesetzmaßnahme in bezug auf die Aufteilung der Schulbezirke nach Sprachgruppen gegeben hat. Der Redner bringt große Bedenken hinsichtlich der Tatsache zum Ausdruck, daß man sich dem Unterricht der zweiten Sprache, angefangen vom Kindergarten, widersetzt, und kommt dann ausführlich auf den Art. 2 des Gesetzentwurfes zu sprechen. In diesem Zusammenhang appelliert er an das christliche Gewissen, damit die Bestimmung, mit der Rassenhaß betrieben wird, abgeändert wird und ersucht, entgegen den Behauptungen des Abg. Kaserer, um die Vereinigung aller schulischen Belange anstatt der Trennung mit dem Vorwand, daß die Sprachgruppe geschützt werden müsse.

Abg. Mognoni spricht im Namen seiner Partei und unterstreicht die positiven Aspekte des Gesetzentwurfes, er weist aber auch auf jene Bestimmungen hin, die noch zu überprüfen oder abzuändern sind. Es ist richtig, daß endlich auch die anderen Komponenten des schulischen Lebens als vollwertig an der Führung der Schule teilhaben können, damit ^{letztlich} Endes die Voraussetzung zur Verbesserung des friedlichen Zusammenlebens der Sprachgruppen geschaffen werde. Eben aus diesem Grunde könne er die Haltung der SVP, und zwar die Beibehaltung eines Dualismus, nicht gutheißen, deshalb seine endgültige Haltung vom Ergebnis der mit der DC eingebrachten Änderungsanträge abhängt. Er nimmt nun zum Problem des Unterrichtes der

zweiten Sprache im Kindergarten Stellung und erklärt, daß seines Erachtens die durch die restriktive Auslegung der Statutsbestimmung aufgezwungene Einschränkung abträglich sei. Abschliessend gibt er der Hoffnung Ausdruck, daß es zu vielen gemeinsamen Sitzungen der Schulräte kommt, damit die günstigen Voraussetzungen für ein konstruktives Zusammenleben und eine fruchtbringende Zusammenarbeit zwischen den Sprachgruppen werde .

Für den PSI ergreift Abg. Sfondrini das Wort und begrüßt die Tatsache, daß alle Beteiligten des schulischen Lebens zur demokratischen Zusammenarbeit herangezogen werden, auch wenn die mit den Organen der Schule gemachten Erfahrungen durch bürokratische Schwierigkeiten beeinträchtigt worden sind. Es fällt ihm sehr schwer, von einer Landesregierung zu sprechen, der keine tatkräftige Opposition gegenübergestellt werden könne. Er nimmt Abstand von den Ausführungen des Abg. Molignoni, der ein Mitglied der Landesregierung ist, da er dessen Vorbehalte hinsichtlich der Zustimmung als syntomatisch erachtet.

Abg. Barbiero, die in der Generaldebatte zum zweiten Mal das Wort ergreift, weist auf die Rolle des Landes im Bericht der Schule hin, welche die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben schaffen muß, und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß es in der Schule zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Eltern und den auf demokratischer Weise gewählten Organen kommt. Sie kommt noch einmal auf das Problem des Unterrichtes der dritten Sprache angefangen vom Kindergarten, was in wirksamer Weise zur Erlernung der zweiten Sprache auf breiter Basis führen kann, zu sprechen. Sie kritisiert die allzu engstirnige Haltung der Abg. der SVP.

Abg. Buratti legt seine Einstellung zum Gesetzentwurf und zu der bisher abgeführten Debatte dar und betont nocheinmal, daß die SVP alles tun werde, damit jede Sprachgruppe seine Eigenart wahren kann und damit jeder Volksgruppe die sprachliche Eigenart erhalten bleibt. Abschließend weist er alle Anschuldigung der Opposition hinsichtlich Rassenpolitik und undemokratischer Haltung zurück.

Abg. Bertolini unterstreicht die Bedeutung des Themas, das auch durch die ausführlichen Diskussionen unterstrichen wird, und kommt auf einige Äußerungen anderer Kollegen zurück, um ihren eigenen Standpunkt darzulegen. Die Schule muß den Demokratisierungsprozeß fördern, ohne daß dieser zum Selbstzweck wird, und sie muß die Voraussetzungen schaffen, damit der Dialog zwischen Eltern und Schule reger wird. Daraus erwächst ihnen eine große Verantwortung gegenüber den Jugendlichen, die unsere Zukunft darstellen . Die Erfahrung hat gezeigt, wie dynamisch dieser Prozeß ist und wie weit noch der Weg bis zur vollen und konkreten Realisierung ist. Es ist davon die Rede, die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen; die Anschuldigungen hin-

sichtlich Rassenpolitik werden aber keineswegs zum Nachlassen der Spannungen führen. Man kann ein Volk, daß nur seine ethnische Eigenart, seine Sprache und seine Kultur erhalten will, nicht kritisieren. Schließlich weist sie darauf hin, wie oft der Begriff Demokratie systematisch zerredet und verdreht wird, wobei nur das angenommen wird, was der Opposition ins Konzept paßt.

Zum Abschluß der Generaldebatte ergreift Landesrat Ferretti das Wort und geht auf einige in der Generaldebatte aufgeworfene Aspekte ein. Er weist darauf hin, daß schon seit Jahrhunderten der Trend zur Dezentralisierung der Schule besteht und daß Formen der Beteiligung eingeführt worden sind, die schließlich im Gesetz über die Organe der Schule gipfelte. Er nimmt Stellung zu den Äußerungen des Abg. Langer und der KPI, insbesondere was den Unterricht der zweiten Sprache im Kindergarten betrifft, was durch die von der Opposition eingenommene Haltung unweigerlich zu nationalistischen Auseinandersetzungen führt. Er verweist auf die im Landesschulrat in bezug auf bedeutende Probleme erzielte große Übereinstimmung. Er erklärt sodann, was seine Partei an dieser Gesetzesvorlage als positiv erachtet hat und wo Vorbehalte angewendet wurden, die ihn dazu bewogen haben Änderungsanträge einzubringen. Er weist insbesondere auf den Art. 2 hin, von welchem die endgültige Haltung zum gesamten Gesetzentwurf abhängen wird, falls die beantragte Änderung nicht genehmigt werden sollte.

Der Präsident beschließt nun die Diskussion dieses Tagesordnungspunktes vorerst zu vertagen und die Sitzung zu beenden, um dem Gruppensprecherkollegium die Möglichkeit zu geben, eine Sitzung abzuhalten.

Um 12.45 Uhr erklärt somit der Präsident die Sitzung für beendet und beruft den Landtag für Dienstag, den 13. November 1979 um 9.00 Uhr ein.

DIE SEKRETÄRE:

- Rosa Franzelin-Werth
- Gaetano D'Ambrosio
- Oskar Peterlini

R. Franzelin
G. D'Ambrosio
O. Peterlini

DER PRÄSIDENT:

E. Achmüller
- Dr. Erich Achmüller -

Ferretti

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE SÜDTIROLER LANDTAG

VIII. LEGISLATURA
GESETZGEBUNGSPERIODE 1979

PROCESSO VERBALE PROTOKOLL

della ⁴⁹ seduta tenuta a BOLZANO il giorno 31 ottobre 1979
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE:
Vorsitz des PRÄSIDENTEN:

Dott. Erich Achmüller
Comm. Aldo Balzarini

Assistono i SEGRETARI:
Beisitz der SEKRETÄRE:

Rosa Franzelin-Werth
Gaetano D' Ambrosio
Oskar Peterlini

Sono assenti i CONSIGLIERI:
Abwesende ABGEORDNETE:

Benedikter dott. Alfons (giust.)
Messner dott. Siegfried (giust.)
Stecher Josef (giust.)

Il Consiglio Provinciale si è riunito in sessione straordinaria.

In apertura di seduta, che inizia alle ore 9.10, Il Presidente Achmüller esprime parole di deplorazione per il nuovo attentato dinamitardo avvenuto a Brunico, che non favorisce la pacifica convivenza fra le popolazioni.

Prosegue la discussione generale sul disegno di legge provinciale n. 23/79: "Istituzione dei distretti scolastici".

Prende la parola il cons. Kaserer, che dopo un esame dell'esperienza fatta con gli organi collegiali, esprime le sue valutazioni in merito a questo nuovo provvedimento legislativo, ricordando che nella nostra provincia ci sono tre tipi di scuole alle quali l'SVP non potrà rinunciare affinché non si arrivi ad una "Mischkultur". Entra poi nel merito di alcune norme, soprattutto quelle per la rappresentanza dei genitori delle sedute congiunte, ecc., respingendo l'accusa di razzismo lanciata dalla opposizione e riconfermando la volontà di salvaguardare l'identità del gruppo linguistico.

Il cons. Peterlini si sofferma principalmente su una proposta di modifica che intende presentare, in merito al giorno stabilito per le elezioni degli organi collegiali, che non dovrebbe più essere tassativamente quello festivo, ma anche feriale, onde permettere una maggiore affluenza degli elettori alle urne.

Il cons. Langer ribadisce la necessità di una partecipazione diretta alle elezioni da parte della base e critica l'impostazione data da questo provvedimento legislativo in merito alla divisione per gruppi dei distretti scolastici. Dopo avere espresso le ampie riserve sull'opposizione all'insegnamento della seconda lingua sin dalla scuola dell'infanzia, si sofferma in particolare sull'art. 2 del disegno di legge. A questo proposito fa appello alla coscienza cristiana, perché si modifichi questa norma che ritiene razzista, e conseguentemente replica al consigliere Kaserer invitando ad unire tutte le componenti scolastiche, anziché dividerle con il pretesto della salvaguardia etnica.

Il cons. Mognoni interviene come rappresentante del suo partito per sottolineare i lati positivi del disegno di legge, ma anche quelli che sono ancora da verificare o da emendare. È giusto che finalmente anche le altre componenti della vita scolastica entrino a pieno titolo nella conduzione della scuola, affinché in ultima analisi si creino i presupposti per migliorare la pacifica convivenza fra i gruppi etnici. Ecco perché non condivide l'impostazione dell'SVP nel mantenere un dualismo e quindi subordinerà il suo voto conclusivo sull'esito degli emendamenti presentati assieme alla DC. Prende posizione sul problema dell'insegnamento della seconda lingua ad iniziare dagli asili, ritenendo pregiudizievole la limitazione imposta secondo una ristretta interpretazione della norma statutaria. Infine, auspica frequenti riunioni congiunte dei consigli scolastici, affinché si creino validi presupposti per una costruttiva convivenza e collaborazione fra i gruppi etnici.

Per il PSI prende la parola il cons. Sfondrini, che è molto favorevole al coinvolgimento democratico di tutte le componenti scolastiche, anche se l'esperienza fatta con gli organi scolastici è stata frustrata da impedimenti burocratici. Egli trova alcune difficoltà nel fare riferimento ad un governo provinciale, in cui manca un preciso interlocutore per fare una proficua opposizione. Si differenzia dalle valutazioni espresse dal cons. Mognoni, membro della Giunta provinciale, ritenendo sintomatiche le sue affermazioni nella riserva del voto su questa legge.

La signora Barbiero, intervenendo per la seconda volta in discussione generale, fa riferimento al ruolo della Provincia nel mondo della scuola, che deve creare i presupposti per una pacifica convivenza e auspica una maggiore collaborazione tra la burocrazia scolastica e gli organismi democraticamente eletti nella scuola stessa. Ritorna sul problema dell'insegnamento della seconda lingua fin dalla scuola dell'infanzia, cosa che può efficacemente portare all'apprendimento di questa lingua a livello di massa. Critica la visione troppo ristretta espressa dai consiglieri dell'SVP.

Il cons. Buratti esprime le sue valutazioni sul disegno di legge e in particolare sul dibattito fin qui svolto, riconfermando la posizione dell'SVP nel fare tutto il possibile perche' vengano mantenute le caratteristiche di ogni gruppo linguistico e venga assicurata alla popolazione la propria identita' linguistica. Chiude il suo dire rigettando le affermazioni di razzismo e di antidemocrazia fatte dall'opposizione.

Il cons. Bertolini apre il suo intervento sottolineando l'importanza del tema, vista anche la lunga discussione, e riprende alcune osservazioni introdotte da altri colleghi, per esprimere il suo punto di vista in merito. La scuola deve favorire il processo di democratizzazione, ma non fine a se stessa, e deve creare i presupposti affinche' si intensifichi il dialogo fra genitori e scuola. Ne deriva una grave responsabilita' nei confronti dei giovani, che saranno l'avvenire di domani. L'esperienza degli organi scolastici insegna quanto siano dinamici questi processi e quanto sia ancora lungo il cammino per una loro piena e concreta realizzazione. Si parla di creare le condizioni per una pacifica convivenza, ma il lanciare accuse di razzismo non favorisce certo l'attenuamento delle tensioni. Non si puo' criticare un popolo che vuole solo salvaguardare la propria identita' etnica e tutelare la propria cultura e lingua. Infine, rileva come spesso il concetto di democrazia venga sistematicamente strapazzato e travisato, considerando solo quanto puo' far piacere all'opposizione.

Conclude la discussione generale l'Assessore Ferretti, che puntualizza alcuni aspetti sollevati nella discussione generale. Osserva come gia' da diversi secoli si tenda alla decentralizzazione nella scuola, introducendo forme di partecipazione, che hanno avuto l'apice nell'emanazione della legge sugli organi scolastici. Replica quindi agli interventi di Langer e del PCI, in particolare per quanto riguarda l'insegnamento della seconda lingua negli asili, che cosi' com' e' stata impostata dall'opposizione porta inevitabilmente a forti contrapposizioni di carattere nazionalistico. Ricorda le varie convergenze raggiunte nel Consiglio scolastico provinciale su importanti problemi, Passa poi alle valutazioni del suo partito che ritengono positiva questa proposta legislativa ed a quelle per le quali ha espresso delle riserve, che lo hanno indotto a presentare degli emendamenti. In particolare fa riferimento all'art. 2, dal quale dipendera' la posizione finale sull'intero disegno di legge se non verra' approvata la modifica proposta.

A questo punto, il Presidente decide di sospendere la discussione di questo punto all'ordine del giorno e di chiudere la seduta per permettere al collegio dei capigruppo di riunirsi.

Quindi, alle ore 12.45 il Presidente dichiara chiusa la seduta e convoca il Consiglio per martedi', 13 ottobre 1979, alle ore 9.

I SEGRETARI:

- Rosa Franzelin-Werth
- Gaetano D' Ambrosio
- Oskar Peterlini

IL PRESIDENTE:

Dott. Erich Achmueller